

Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt)

Unparteiische

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 9.

Wittwoch, den 12. Januar 1921

161. Jahrgang.

Tageschronik

Eine neue deutsche Note über die Wirtschaftskrisis. Die Forderung der Allianz durch den Rückzug Amerikas für Rückgabe der deutschen Kasse. Lloyd George nimmt an der Pariser Konferenz nicht teil. Spannung zwischen Frankreich und seinen Verbündeten. Das Einwanderungsverbot in die früheren deutschen Kolonien aufgehoben. Meuternde Wrangelstruppen marschieren auf Konstantinopel? Die neue Ausplünderung der Eisenbahnerreise. Kommunisten-Terror in Mecklenburg und im Rheinland.

Die Unsicherheit in Oberschlesien. Eine Note der deutschen Regierung.

In einer der Vorkonferenzkonferenzen und den Entente-Regierungen übermittelten Note legt die deutsche Regierung nochmals die seit den blutigen Augusttagen von 1919 zu Tag unersichteter werdenden Zustände in Oberschlesien dar. Unter dieser Gewalt- und Verdrückung sollen sich ununterbrochen. Bewaffnete Märschzüge halten die Bewohner vor allem in den Polen angrenzenden Bezirken in ständiger Unruhe und Sorge. Die Polen leben eben ebenfalls in politischer Terror aus. Deutsche Verarmungen werden mit Handkannonen und Gewehrpatronen gepresst, polnische Deutsche Wörtern haben eine einseitig in der Geschichte jüdischer Wälder dorthine Verteilung gefunden. Am Reich der Polizeidirektion Katowice nahmen die Verbrechen seit Eintritt der interall. Kommission außerordentlich zu. Die Zahl der Morde stieg um 243, die der Raub anfälle um 80 Prozent. Soll überhaupt eine einwandfreie Abstimmung stattfinden, muß nicht erstärker Bestrafung und äußerster Energie Abhilfe geschaffen werden.

In der Note wird weiter u. a. festgestellt, daß infolge der Auslieferung von praktisch unkontrollierbaren Sammelplätzen im Süden und Osten die Leute zu Hunderten über die Grenze laufen und verhandelt, daß unverzüglich die Südgrenze gesichert werden abgefordert wird, daß der Lebenskampf allein auf die von der Kommission bestimmten Straßen beschränkt bleibt und durch genügende Kosten eine unerlaubte Grenzüberbrechung unmöglich gemacht wird. Ferner müßten auf die gemeinen Verbrechen abschießende Strafen gesetzt werden.

Vor dem Polenputsch.

Wie die „Woll. Ztg.“ aus Kreisen der ober-schlesischen Industrie erfährt, tragen die Gerüchte über polnische Putschpläne ernsthafte Charakter. Die Pläne sehen nach dem Einmarsch der in zunehmender Stärke an der ober-schlesischen Grenze verammelten polnischen Truppenkette vor. Man hofft aber, daß der von den Russländern unterstützte General Berond nunmehr mit aller Entschiedenheit dagegen einschreiten werde (11).

Der Ministerrat der Republik in Warschau hat die Gruppe Kattowitz, Hauptmann Szymanski, wurde ohne Angabe von Gründen vom Dienst suspendiert. Weiter am 1. Januar d. N. der Oberleutnant Wicht, Gruppe Beuthen, ebenfalls ohne Angabe von Gründen, entlassen. Am 1. Dezember wurde Hauptmann Karasch ohne Angabe von Gründen gegen seinen Willen von Kattowitz nach Gleiwitz verlegt.

Das Entschädigungsproblem.

Frankreich für kleine Teilzahlungen?

Laut „Weltm. Gazette“ sei Frankreich dem englischen Standpunkt beigetreten, daß Deutschland zuerst große Zahlungen nicht leisten könne. Es nehme vorläufig mit kleinen Mahnungen in Verbindung, die es durch Verrechnungen von Rohmaterialien und Restloshäufungen zu erfüllen suchen werde. Der Gesamtvertrag werde gemäß den Friedensverträgen ungefähr am 1. Mai bekanntgegeben.

Deutschland bietet Belgien 7 Milliarden?

Die Kaiserliche Botschaft behauptet, die deutschen Vertreter in Brüssel würden Belgien eine noch im Laufe des Januar zu zahlende Kriegsschuld von 7 Milliarden anbieten. Hinter diese Mitteilung muß man vorläufig ein großes Fragezeichen setzen.

„Eine Lockerung der Allianz der Sieger“ Amerikas Rückzug von der Entente.

Zu dem gestern gemeldeten Beschluß der Vereinten Staaten, an der internationalen Konferenz am 19. Januar nicht teilzunehmen und in Zukunft auch der Vorkonferenzkonferenz fernzubleiben, sagt „Matin“, diese Haltung Washingtons sei auf die prodeutsche Propaganda der Hearst-Presse zurückzuführen. Nach einer Washingtoner Meldung erfolgte der Schritt deswegen, weil die gegenwärtige Regierung sich nicht in Frage stellt, in den Beschlüssen der Konferenz den durch die Novemberwahlen bedingten Willen des amerikanischen Volkes zur Geltung zu bringen. „Echo de Paris“ meint, da Amerika fortan nur noch als Zeuge an der Vorkonferenz teilnehmen, habe die im Friedensvertrag vorgesehene Begleichung „allierter und assoziierter Mächte“ nicht mehr Geltung. Schon seit mehreren Monaten behaupte Amerika eine ausweichende Haltung, und der jetzige Akt bedeute nur eine neue Phase auf dem Wege zur Lockerung der Allianz der Sieger.

Amerika gegen den Handelskrieg.

Vor einem Senatskomitee erklärte der Präsident der amerikanischen Post-, Telegraphen- und Kabel-Kompanie, Mac Key, die von England und Frankreich weiter in Besitz gehaltenen deutschen Kabel seien diesen Ländern ungeschicklich zugefallen und sollten ihrem ursprünglichen Besitzer zurückgegeben werden. Es liege im amerikanischen Geschäftsinteresse, daß der Handelsverkehr zwischen Amerika und Deutschland wieder vor wie dem Kriege über deutsche Kabel abgewickelt werde.

Amerikas Herrschaft im Stillen Ozean.

New York, 12. Jan. (Via Drahtfunk.) Marineminister Daniels demontiert ebenfalls die Pacific, Amerika wolle die Marinebasis Guam als Stützpunkt aufbauen. Militär- und Marinefahrzeuge halten die Befestigung der Anlage zur Eiderung der amerikanischen Herrschaft im Stillen Ozean für unentbehrlich.

Sardiniens neue Vorkonferenz.

Laut „Epic Trib.“ hat Sardina folgende Vorkonferenz in Aussicht genommen: Daniel Ramey Hill für London, Nicolaus Butler, Präsident der Columbia-Universität, für Frankreich, Alexander von Humboldt der National-Gesellschaft für Japan und Raymond Robins nach Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen für Sowjet-Russland.

Die Partier Konferenz.

Lloyd George nimmt nicht teil.

London, 11. Jan. (Via Drahtfunk.) Man gibt heute in amtlichen Kreisen zu verstehen, daß Lord Curzon allein nach Paris reisen wird und Lloyd George „verhindert“ ist. Der Grund liegt auf der Hand: es ist die irische Frage. — Marshall Wilson tritt in diese Zeiten von Wien aus eine Besichtigungszweife in das besetzte Gebiet an und reist dann zur Teilnahme an der Ministerkonferenz nach Paris. Laut „Echo de Paris“ wird auf der Partier Konferenz vor allem über Rohstofflieferungen und Einwohnerehren gesprochen, dagegen nicht über die Wiederherstellungen.

Spannung zwischen Frankreich und den Alliierten

Paris, 11. Jan. Die Politiker beschäftigen sich mit der Frage, ob es bequemer sein werde, die Interventionen über die auswärtige Politik heute in der Kammer nicht erörtern zu lassen. „Gaulois“ ist dafür, daß die Kammerkommission der Regierung bei verschlossenen Türen Maßnahmen für die bevorstehenden Verhandlungen gebe. Die Öffentlichkeit einer solchen Debatte hätte nur die Wirkung, die Alliierten zu verstimmen und die Tür für jeden Verstoß nach Österreich zu verriegeln. Man müsse keinesfalls Restriktionen entgegenbringen.

„Zugekündigte“ für deutsche Flugzeuge.

Nach einem jetzt der deutschen Regierung mitgeteilten Beschluß der Vorkonferenzkonferenz bitten deutsche Abflugzeugen die Rheinlandflugschiffe benutzen, dort landen und das Rheinland überfliegen, wenn Deutschland dem

Anzeigenpreis Der Tagb. Mittm. Spatrum 30 Pf. und der Sachb. Mittm. Restamorum 11.— Die laufende Monatsausgabe wird vom Besucher auf seine Anzeigen in Zahlung genommen. Abrechnung 30 Pf. Porto beforsers. Norm. Anzeigenschluß 11 Uhr vorm. Fernbr. 100. Erfüllungsort Merseburg. Belegnummer wird berechnet

Zur Lohnbewegung im Mitteldeutschen Braunkohlenbergbau

Uns wird geschrieben: In der Zeit zwischen Weihnachten und Neujahr erfolgten in der mitteldeutschen Braunkohlenbergbauarbeiter, deren wesentlicher Inhalt eine Entschärfung der in Halle vor Weihnachten verarmt gewordenen Bergarbeiterverbände war. In dieser wurde die höchste Entschärfung der Belegschaften darüber zum Ausdruck gebracht, daß sich die Arbeitgeber des Braunkohlenbergbaues den anfangs Dezember eintreffenden Forderungen auf Lohn-erhöhung und Ausgleich zwischen den Bedingungs- und Schichtlöhnen gegenüber ablehnend verhalten hätten. Es wurde ein Appell an das Reichsarbeits- und Reichsjustizministerium gerichtet, in welchem zum Ausdruck gebracht wurde, daß die Angelegenheit bis spätestens zum 15. Januar in einem die Bergarbeiter betreffende Sinne zu erledigen sei, widrigenfalls der gesamte mitteldeutsche Braunkohlenbergbau in den Streik trete.

Demgegenüber darf hinsichtlich der Entwicklung des Lohnverhältnisses in dem Teilgebiet des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaues folgendes festgestellt werden:

Durch Schiedsspruch vom 27. Juni 1920 sind bekanntlich die Löhne der erwachsenen männlichen Bergarbeiter um 3 M. die der weiblichen und jugendlichen Arbeiter um 1,80 M. heraufgesetzt worden. Außerdem wurde das Kindergehalt um 1 M. und das Hausstandsgeld für die männlichen Arbeiter um 1 M. für die weiblichen um 50 Pf. erhöht. Weiterer Lohnverhandlungen, die im Laufe des Monats September der Höhe in den sog. Randbetrieben im Verhältnis zu benachteiligen der sog. Kernbetriebe zum Gegenstand hatten, führten schließlich zu dem Schiedsspruch des Reichsarbeitsministeriums vom 30. Oktober 1920, der eine Differenzierung der Löhne zwischen Kern- und Randbetrieben von 5 Proz. vorsah, im übrigen aber für die Arbeiter eine Erhöhung der in der Lohnliste vorgesehenen Löhne um 1 M., sowie eine Erhöhung des Kinder- und Hausstandsgeldes um 1 M. festlegte. Die durch diesen Schiedsspruch vorgesehenen Lohn-erhöhungen sind nach der Reichsjustizverwaltung durch das Reichsarbeitsministerium in dem genannten Teilgebiet in der Lohnwoche vom 13. bis 18. Dezember zur Durchführung gebracht.

Wenn die Durchführung des Schiedsspruches verhältnismäßig lange auf sich warten ließ, und die Arbeitgeber vor dem Schiedsspruch vom 30. Oktober zum Ausdruck gebrachten Bestimmung, daß auf Grund der wirtschaftlichen Nachprüfung der Werte durch das Reichsarbeitsministerium zum 1. Dezember über etwaige weitere Lohnveränderungen zu verhandeln sei, nicht nachgekommen sind, so muß zur Erklärung dieses Verhaltens die Preisfrage kurz beachtet werden.

Weisheitlich mit der Erhöhung der Löhne auf Grund des Schiedsspruches vom 27. Juni 1920 erfolgte durch Beschluß des Reichsjustizministeriums vom 29. Juli 1920 eine Herabsetzung der Preise in beiden Tarifabschnitten, und zwar um 18 M. je Tonne Braunkohle, um 6 M. je Tonne Rohkohle. Diese Preisermäßigung war für die Rentabilität der schwer lämpfenden Werte in den Randbetrieben ebenfalls verhängnisvoll, daß innerwärts des Arbeiterverbandes zur Zahlung der Löhne die Herabgabe größerer Tarifehen seitens der Kernbetriebe an die Randbetriebe erfolgen mußte. Da innerwärts des tariflichen Verhältnisses in den Schichtbetrieben der Preis der Betriebsmaterialien in der freistehenden Zeit nicht eintrafen, mußte im Aufnahmestadium mit dem weiteren Lohn-erhöhungen auf Grund des Schiedsspruches vom 30. Oktober 1920 seitens beider Tarifabschnitte — des Ober-schlesischen Braunkohlenindustrials — der Antrag beim Reichsjustizministerium gestellt werden, die Preise in einem die Lohnverhältnisse anerkennenden Maße zu erhöhen. Diesem Antrag wurde seitens des Reichsjustizministeriums sowohl in seinen verhandelten Verhandlungen als auch in dem Reichsjustizministerium am 29. Dezember 1920, unter Hinweis auf die allgemeinen wirtschaftlichen Erwägungen heraus seinen Einpruch nicht erwidert, jedoch der Beschluß des Reichsjustizministeriums nicht wirksam werden konnte. Es verdient besonders hervorzuheben zu werden, daß die Beschlüsse des Reichsjustizministeriums einfließen, die einschlägig der Stimmen der Arbeitnehmer und Verbraucher, gefaßt worden sind, und daß sie gefaßt worden sind auf Grund amtlicher Proben und der Rentabilität der Werte, die in den Monaten November und Dezember festgenommen

Rein strenger Winter mehr?

Die ein Wetterwörter der Jenaer Zeitung schreibt... den kommenden Wintermonate einen vorwiegend milder und freundlichen Charakter annehmen.

Nach zuverlässiger Beobachtung der preussischen Finanzminister eine Herabsetzung der Vorlesungsgebühren an den preussischen Hochschulen von 8 M auf mindestens 25 M für die Wohnkosten.

Aus Kreis und Nachbarreisen

Verhaftete Waffenschmied. * Halle, 10. Jan. Die Ehrfurter Kriminalpolizei verhaftete auf Veranstaltung des Reichswehrministeriums die schärfste Keil und Holz aus Eisenholz und Solfer und Feuer aus Schmalfaden, sowie die Waffenschmiedanten Höfner aus Schmalfaden, ferner Dr. Jäger, Hele und König aus Erfurt wegen unzulässiger Waffenschmiedungen.

Der rätselhafte Tod des Militärverwalters Korn aufgefährt. * Schöneberg, 11. Jan. Der rätselhafte Tod des Verwalters Korn von Militärern ist, wie mitgeteilt wird, schnell aufgeklärt worden.

* Helfstedt, 11. Jan. Einbrecher stahlen aus unserer Pfarrkirche einen nördlichen Leuchter und fünf 6 gute Rohrstühle und 27 elektrische Birnen, außerdem vom Schulboden 1 1/2 Zentner beim Schmelzen abdrücker Gerste.

* Haps, 11. Jan. Dem Güterbesitzer Noll sind im Garten von weinigen Wochen zwei Auzidienleiden beobachtet worden. Einer der Bäume verstand vor etwa 6 Wochen, einem Sprühen des Noll durch den Noll, der andere die Dornen in der Nachbarstadt von Noll (Gefäß) schloß, denn eine Saugmaschine vorstellte forderte das frische geschädigte Noll und den bereits ausgetrockneten Laub zu Tage. Ob der erste Baum denselben Schaden erlitten habe der zweite wird wohl nurmehr an den Tag kommen.

* Raasdorf, 11. Jan. In früher Morgenstunde wurde heute Feuer gemeldet. Im Hause des Arbeiters Heran in der Dorfstraße war in Feuer ausgebrochen. Einmal der ersten Hilfe der Nachbarn war die größte Gefahr im Eintreffen der Feuerwehr beseitigt.

Wohltätigkeitsvereinigungen zum Vellen der Schwelmerstadt und „Kinder in Not“. * Köpchen, 11. Jan. Am 3. und 4. Weihnachtsfesten fanden im Blumenhause Wohltätigkeitsveranstaltungen statt. Im Vellen der ersten Schwelmerstadt und der Vollenhause „Kinder in Not“.

Durch eigenes Versehen und Leben erkennen. * Giesleben, 11. Jan. Am Montag Nachmittag flog der 16jährige Schloßknecht Hermann Thurn aus einem noch in der Fahrt befindlichen Omnibus aus einem der Bänke erlöst und überfahren wurde, wobei der Tod an der Stelle eintrat.

Neue Lohnforderungen der Sandwörter der Wandschläger-Gewerkschaft. * Giesleben, 11. Jan. In einer in Selbstabgehaltenen Versammlung von Vertretern der Sandwörter sämtlicher Betriebe der Wandschläger-Gewerkschaft wurden neue Lohnforderungen aufgestellt und zwar wurde ein Durchschnittslohn von 7 M gefordert.

Letzte Depeschen

Erneute Verlegung der Brüsseler Konferenz. * Brüssel, 12. Jan. Wie hier verläutet, wird die Konferenz der Schweizerländer Ende Januar a ihre Arbeiten wieder aufnehmen. Das Pariser Journal spricht die Befürchtung aus, daß die Brüsseler Konferenz überhaupt nicht mehr zusammenzutreten werde.

Die Meinung der Regierung über die Entschärfungs- und Entwaffnungsfrage. Berlin, 12. Jan. (Sta. Drahtf.). Wie wir erfahren hat Staatssekretär Bergmann die Berliner Regierung stellen über den Stand des Entschärfungsproblems unterrichtet. Danach sei die Konferenz bereits so weit wie möglich, wenn die schwebenden politischen Fragen zwischen Deutschland und Frankreich eine friedliche Lösung erlaube.

Zusammensetzung der Außenpolitik der Regierung. Berlin, 12. Jan. (Sta. Drahtf.). Wie wir erfahren hat sich die Regierung die Außenpolitik der Regierung in der Föhrung der außenpolitischen Geschäfte der Reichsregierung ausgesprochen. Die Mehrheitspolitik haben an ihrem Standpunkt nicht schwächen. Der Außenminister hat erklärt, daß die Regierung das Wohl des Landes im Auge habe und daher unter keinen Umständen einen Schritt aufwärts mit den Alliierten herbeizuführen, ohne daß irgendwelche Geschäfte von Zwangsmaßnahmen der Entente entstehen (11).

Die rheinische Liberalische Bewegung. Berlin, 12. Jan. (Sta. Drahtf.). Von parlamentarischer Seite verläutet, daß die rheinische Bewegung des Rheinischen Zentrumspartei noch nicht offiziell von dem rheinischen Mittelteil losgesagt hat (??). In Regierungskreisen, besonders in Preußen, neigt man zu der Auffassung hin, daß die Gefahr einer rheinischen Föderation vorläufig überstanden ist.

Neuer Wobnenantrag in Kattowik. Kattowik, 12. Jan. In Friedrichstraße wurde am 10. d. Mt. in das Gebäude von Gieshilt eine Wohnung geworfen. Menschenleben sind jedoch nicht zu befürchten. Der angerichtete Schaden ist sehr groß. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Verding gegen Zeremonien und Feierlichkeiten. Weismann, 12. Jan. Der Präsident Gardina hat in einem Telegramm an den Vorsitzenden des Einführungsausschusses Mar Elea n darum gebeten, bei seiner Amtseinführung von Zeremonien abzuweichen. Er gab seinem Wunsch Ausdruck, Dienst ohne Zeremonien und weder Feierlichkeiten auszumachen, von denen er nie Freund gewesen sei.

Die griechisch-russischen Kämpfe. Konstantinopel, 12. Jan. (Sta. Drahtf.). In Smyrna treffen anabender Beruendete aus den Wüsten Russen und Kypsel ein, wo der Widerstand der Türken härter wird. Die Griechen machten nur einige Fortschritte in der Richtung A n e h l. Aus im Westen des M a n e e r eiden die Griechen vor, angeblich ohne auf türkischen Widerstand zu stoßen. Nach den letzten Nachrichten sollen die Griechen D e n e a h l besiegt haben. Bedeutende griechische Verstärkungen gingen dahin ab.

Die juresther Hungernot in China. London, 12. Jan. (Sta. Drahtf.). Nach dem Hungernot in China verlässlichen an Wertauswert beteiligte Mitglieder der Seilarmee erregende Berichte. Die Not ist so groß, daß viele Eltern ihre Kinder töten, damit diese dem Hungerloch entgehen. In vielen Fällen haben ganze Familien Selbstmord begangen, um sich den langsamen Qualen des Hungerlodes zu entziehen.

Die englische Erwerbslosenfrage. London, 11. Jan. Die Kräfte der Erwerbslosen, deren Zahl sich in der letzten Woche um 186 000 vermehrte, ist bedeutend im Annehmen begriffen. Heute wird sich die Konferenz der Arbeiterpartei mit dieser Frage beschäftigen.

Zu den Erfurter Waffenschmiedungen. Erfurt, 12. Jan. In der Angelegenheit der Erfurter Waffenschmiedungen sind neue Verhandlungen erfolgt. Es ist festgestellt, daß Ballistenteil aus den Verhängen der Reichswehr- und Seilwerkschaften. Der Landesrat der Seilwerkschaft befindet sich nunmehr ebenfalls in Haft.

Aus Provinz und Reich

Revision im Eisenbahngesetz. * Naumburg, 11. Jan. Vor einigen Tagen wurde auf der Eisenbahnstraße Erfurt-Naumburg bei der Revision in einem Personenzug ein Zigarotenvorbehälter, der etwa vierzehn Pfund Wutter, einle Seid Eider und einen Satz von Weitzelsteinen, weil die betreffende Person noch die Befugnisse mit dem Wutterrecht und dem Gefährlich gemacht hätte, beschlagnahmt. Die vier wertvollen Lebensmittel sollten anschließend nach Leipzig verschoben werden. Der Eisenbahner hat dadurch einen Schaden von mehreren tausend Mark erlitten.

Von der Reichswehr. - Schrecklicher Tod eines Kindes. * Erfurt, 11. Jan. Am Freitag marschierte die 4. Kompanie des Reichswehr-Inf.-Regts. 21 mit fliegendem Ziele durch die Stadt am Hofplatz, um nach ihrem zünftigen Standort Bremen zu überziehen. Eine Waise, welche im Hofplatz stand, wurde durch einen Schuss in den Kopf tödlich verletzt. Sie hatte die Waise mit einem Schuss in den Kopf tödlich verletzt. Sie hatte die Waise mit einem Schuss in den Kopf tödlich verletzt.

Der Raubmord an dem Kaufmann Gendke aufgefährt. * Berlin, 11. Jan. Der Raubmord an dem Kaufmann Gendke in der Straßenstraße ist nunmehr reiflich aufgeklärt worden. Es ist gelungen, die beiden Täter, den Urheber und die Mittäter, insoweit fünf Personen, hinter Schloß und Riegel zu bringen. Der bereits verhaftete Chauffeur Wäh hatte einackend, sich von einem Freunde aus Giesleben einen Hut anleihen zu haben. Dieser Freund wurde festgehalten als ein 19 Jahre alter, lediger Kaufmann und wurde nach einem Zagen in Giesleben in Pr. hinführt gemacht werden. Wäh benutzte sich neben zu einem Gefährnis. Danach ist der Plan auf seine Ausführung hin von ihm und Bruchmann ausgearbeitet worden. Unter Mitwirkung eines gewissen Wendrich und des Chauffeurs Dunschost wurde dann die Tat ausgeführt.

Der Mörder des Brinnalschmiedes Bent verhaftet. * Berlin, 11. Jan. In den letzten Wochen des Monats wurde der 28 Jahre alte Arbeiter Max Wölschel unter dem dringenden Verdachte verhaftet, den Brinnalschmied Bent in der Nacht vom vergangenen Sonntag vor dem Hause Widenweg 41 erschossen zu haben. Seit der Tat war Wölschel verschwunden.

Mitteilung eines Volkstages. * Gardelegen, 11. Jan. Das Volkstages D 33, das gestern vormittag um 10 Uhr in Berlin-Nahmitag aufgefahrt war und sich auf der Fahrt nach Provinzweiden befand, ist um 11:30 Uhr bei dem herrlichen Sturm über dem Reichert Hof abgeblieben. Das Volkstages ist total vertrieben, der Führer war sofort tot.

Schlussnahme der fädt. Gebietsräte durch eine Mindernde. * Altona, 11. Jan. In den fädtischen Gebietsräten freit seit einiger Zeit eine wohlorganisierte Mindernde ihr Ansehen. So wurden in Oberbismarck in den letzten Zagen allein 12 Einträge miteinander verübt. Auch in Unterbismarck und den anzureichenden Erbschaften finden fädt. Einträge statt, unter denen die abwechselnd nicht mit fädtischen Gebietsräten abgelehnt werden zu können hat. Die Mindernde scheuen sich nicht, ihren Ansehen durch die letzte gute Streikung und Wäse zu stellen. Es ist beobachtet worden, daß die Wäse in der Dunkelheit mit Stangen und Pfeilspitzen versehen. Die Behörden haben bereits um eine solche Strafe bei Verhaftung gefällig nachzusehen.

Bodenfälle in Wlauer 12. * Wlauer, 11. Jan. In den letzten Tagen sind hier drei Fälle von echten Wäse gemeldet worden, die miteinander im Zusammenhang stehen. Gegen die Weiterverbreitung der Waude sind unzulässige Maßnahmen getroffen worden.

Rechnung einer 22jährigen Diebesbande. * Kattowik, 10. Jan. Hier wurden 22 Eisenbahnräuber und Heber festgenommen. Für die Eisenbahnverwaltungen ist dieser Fall von großer Bedeutung, zumal es sich um Millionenbeträge handelt.

Volkswirtschaft - Handel - Verkehr

Unzufriedenheit der Gewerbetreibenden. Der englische Reichliche Reichsbericht stellt mit: Der Reichlicher des Anzert wird die Aufgabe des Abrechnen Reichlicher über die Einführung von Gewerbetreibenden durch verschiedene Gemeinden wie folgt beantwortet: Wir erachten Gewerbetreibenden Gewerbetreibenden nach 8 7, Artikel 6 der Reichsgewerbeordnung (S. 6 2 1 1898, S. 245 ff.) für rechtlich unzulässig und daher insofern die Oberbehörden und Regierungspräsidenten erucht, ihre Zustimmung zu den Gewerbetreibenden zu verweigern.

Die Ausbreitung der Kalkwerke. Einem Bericht der Eisener Arbeiterschaft imnehmen wir folgendes: Die Ausbreitung der Kalkwerke der ersten Hälfte der Kalkindustrie in der Landesweite war, nach lebhaftem Geschäft bei steigenden Kurven im Oktober, die Bergbauverwaltung von Wabern frei vor Jahresende. Das in dem Markt kommende Material wurde nur zu unzulässig ermäßigten Preisen angenommen. Am Jahresabschluss vermehrte sich eine Erhebung durchzuführen und zu beschleunigen. Die Bergbauverwaltung der Kalkindustrie hat anlässlich der oben angedeuteten Verhältnisse nicht das Versehen der Ausbreitung an dem Rohmaterial, aber doch nur in verhältnismäßig Fällen. Im allgemeinen kann man sagen, daß die meisten Werke ihren Kalkstand verdrängt haben. Nur in wenigen Fällen wird die Eisenwerke beschäftigt. Hier seien wir W in der h a l s u n e erwidert, die gegen das Verbot (S. 6 2 1 1898, S. 240 ff.) zu ernehmen und anreiz mit etwa 330 000 Mt. beverzt werden.

Berlinerische Redaktionsrat, Fern und Frau Zell, Damm 108. - Sport: M. Hochheim. - Anzeigen: E. Valt. Druck- und Verlagsanstalt: Verleger: Fern und Frau Zell, Damm 108. - Sport: M. Hochheim. - Anzeigen: E. Valt. Druck- und Verlagsanstalt: Verleger: Fern und Frau Zell, Damm 108.

Die heutige Nummer umfasst 6 Seiten.

durch keine bedeutend herabgesetzten Preise Auslagen in meinen Schaufenstern!

Otto Dolkowik.

in meinem SAISON-RÄUMUNGS-AUSVERKAUF

bilden die **bedeutend herabgesetzten Preise** ausserordentliche Vorteile,

Unter anderem hebe besonders hervor:

Baumwollwaren:

Hemdenstuch 80 cm breit in solider Qualität **12.-**

Hemdenstuch 80 cm breit besonders kräftig **15.-**

Eisäcker Hemden 80/82 cm breit 1. u. Qual. in fein und mittelkräftig **21.- 17.-**

Blaudruck 80 cm breit echt bedruckt. Marangesezter Preis **9.-**

Hemden weiß weichwollig solide Qual., mel. und gestreift **15.- 13.50**

3 besonders preiswerte Serien in Röcken:

Serie I: Rock aus kleinkariertem Sportstoff, leichte Formen **62.-**

Serie II: Rock aus starkfädigem soliden Tuch-Cheviot **65.-**

Serie III: Rock aus modernen blaugrünen Copertsch-Caro **98.-**

Kleiderstoffe:

Blusenstoffe in schönen Farben dickwollige Winterqualität **16.-**

Kostümstoffe in modernen kleinen Caros und Streifen **20.-**

Tuchstoffe schwere Rock- und Kostümware in kleinen Caros und Jaguardarstellungen **29.-**

Damen-Kostüm- u. Herren-Stoffe in 130 cm. breit **30.-**

Reinwollener Cheviot in vielen schönen Farben von **60.-** an

3 besonders preiswerte Serien in Blusen;

Serie I: Bluse, aus sol. Waschstoffen Mousslin- u. Satinstreifen **36.-**

Serie II: Bluse, Hemdblusenform, aus bestem Zephier **60.-**

Serie III: Bluse, aus schönem Vollwolle, mit moderner Stickereiart, in hellen und dunklen Farben **75.-**

Gelegenheitskauf:
1 Posten **Uebergangsmittel**
in lang und halblange **75 - 70**

Otto Dobkowitz,
Merseburg.

Gelegenheitskauf:
1 Posten **Knaben-Sweater**
dickwoll, Winterqual in allen Größen jetzt **8.-**

Nachruf.

Am 9. Januar verschied nach schwerem Leiden aus einem arbeitsreichen Leben

Herr Brauereidirektor
Max Gimpel

Mit rastlosem Eifer und nimmermüder Arbeitslust hat der leider so früh Verstorbene der Stadtbrauerei Merseburg seit mehr als 30 Jahren bis kurz vor seinem Tode seine ganze Kraft gewidmet und war er uns stets das Vorbild eines selten pflichttreuen Menschen, dessen Andenken bei uns nicht verlassen wird.

Die Beamten u. das Personal der Engelhardt-Brauerei A. G.
Abtlg. Stadtbrauerei Merseburg.

Speisezimmer
Herrenzimmer
Schlafzimmer
Küchen und
einzelne Möbel jeder
Art
empfehlen in großer Aus-
wahl

G. Schaible
Möbelfabrik
Halle 3., Jr. Märkerstr. 20
am Natsecktor.

6 m grüne Rohleide
gegen
querh. Kinderwagen
zu tauschen. Erferten
unter W. W. 12/13 an
Exp. d. Bl.

Deutsche Volkspartei.

Freitag, den 14. Januar, abends 8 Uhr im Tivoli

Oeffentlicher Vortrag:

Forsttrat Krämer:

Die politische Lage der Gegenwart.

+ Ihr Bruch wird grösser!

Probieren Sie meine Erfindung, die ihn ohne Feder zurückhält. 20000 Behälter in 6 Jahren. Dentin-Bandagenhaus Dr. Winterhalter, Halle (Saale).
Mit mit Wühler in Merseburg nur Donnerstag, den 13. Januar, nachmittags von 3/4 Uhr im Hotel Müller.

Stadttheater Halle.
Donnerstag, abds 7 1/2 Uhr
Lysistrata.
Freitag, nachm. 3 Uhr:
Mausekönigin.
Freitag, abends 7 1/2 Uhr:
Martha.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Mausekönigin.
Sonntag, abds. 7 1/2 Uhr:
F. d. d. d.

Die Klemmerarbeiten für drei Vierteljahr. Maschinen an Holz bei Merseburg sollen vergeben werden.

Berdingabte können gegen politische Parteien (in der Zeitmarf.) von 7.20 M. von der Eisenbahn-Bauabteilung Merseburg, Ständebau (Eisenbahn-Gezucht) bezogen werden.

Angebote sind bis Donnerstag, den 20. Januar 21 vorm. 11 Uhr vorzuliegen und mit eingereichtem Aufschlag versehen, nach hier einzuliefern.

Zuschlagsfrist 2 Wochen. Merseburg, 10. Jan. 1921
Eisenbahn-Bauabteilung.

Klage Frauen

Vorsicht wenn die Regel aus-
geblieben ist, verschreiben Sie sich auf morgen, bestellen Sie bei

Regelstörung

u. Stockung sofort
mein überraschend wirkendes
Radikalmittel, schnell und
sicher wirkend, unschädlich
mit Garantiechein

1000 Mark
zurück, schreiben Sie genau
wie lange Sie klagen, dann
werde ich Ihnen helfen; genau
Sie nichts auf übertriebene
Kokette, sondern vertrauen Sie
sich an einem Fachmann an.
Zahlreiche gepfeilte Ver-
schreiben bringen für die Wirk-
samkeit **Erfolg** in 1-2
meiner Mittel

ohne jegliche Berufsstörung,
Mölich neue Dankschreiben,
Frau F. S. aus G. schreibt: Ich
dank Ihnen aus dem Grunde, Ihre
Mittel sind ein Segen für alle Frauen
Verwandten und Bekannten.
H. Luersen, Krankenge-
handler, Hamburg,
Kaiser-Wilhelms-R. 33 II

Outg. möbl. Zimmer
an fol. gebild. Herrn abzu-
geben. Gefährde an die Be-
schäftig. unt. 11/21 ereten.

Piano, Stutzflügel

oder Harmonium (mit
Breitenbode. Offert. unt.
Nk. A. 600 Exp. d. Bl.)

Sehr preiswertes
Angebot!

Speisezimmer
Herrenzimmer
Damenzimmer
Schlafzimmer
Küchen
ca. 200 Zimmer
in einfacher bis ganz
reicher Ausführung.

Reichhaltiges u. Auswahl.
Möbelfabrik

Albert Martick Nachf.
Inh. Richard Zimmer,
Halle a. S., Alter Markt 2

Kranke aller Art.

auch solche, die andere
Kuren verweigern ver-
suchen, erhalten gewöhnliche
homöopathische Behand-
lung.

Herrn ist mitzubringen.
Wagen, Seber, Alren-
u. Kungenleiden, Weins-
leiden u. Nerven, selbst
peraltete Fälle, werden be-
handelt.

Gelenksteinen
werden durch Spezialbe-
handlung ohne Operation
und schmerzlos entfernt.

Stränge
(entsehl. Hautluden) wird
(innerhalb 3 Tagen ohne
Beruhigung) geradlos
beseitigt.

Auskunft erteilt
Herrn Clara Kramm,
Merseburg,
Rathstraße 6, I. Etage.
Sprechstunden v. 9 - 11 Uhr.

Inventur-Ausverkauf

10% Ermässigung
auf meine bekannt niedrigen Preise.
Nur noch bis 15. Januar.

Frz. Hildebrandt, Kl. Ritterstr. 13

Frauen

finden bei Ausbleiben der
monatl. Regel
Hilfen. Rettung.

Bestellen Sie meine von lang-
jähriger Fachleuten herge-
stellten erstklassigen auch in
den hartnäckigsten Fällen

wirkenden Präparate.
Vertragen Sie nicht, denn
durch meine Mittel werden
auch Sie den ersuchten
erzielen und wieder
trotz und glücklich

Erfolg werden. In 1-2
Tagen völlig schmerzlos
unschädlich. Ohne Beru-
stung, schriftl. Garantie-
leistung, sonst **2 faches Geld**
zurück. Teilen Sie mir
mit, wie lange Sie zu klagen
haben. Diskret Versand.

Fr. A. Lemke
Halle, Grindelallee 149
Ermittelt täglich Daszschreiben, welche
die Wirksamkeit meiner Mittel be-
zeugen. Frau M. aus A. schreibt:
Ich danke Ihnen von ganzem Her-
zen, dass durch den Gebrauch Ihrer
sicherwirkenden Mittel Sie ich wie-
der von aller Last und Sorgen be-
freit. Frau M. aus A. schreibt:
Täglich erhalte ich Ihren Mitteln
über sichere, schnelle Wirkung.

Behandlung. Bestimmung
Alter u. Gewicht angeben. Aus-
kunft umsonst. Versandhaus
Wöhlfahrt, München,
11 M., Leinwandstr. 33.

Friedrich Schultze, Bankgeschäft,

Merseburg a/S. Telephone 64.
Markt 5.

An- und Verkauf

von Wertpapieren, Aktien, Kuxen und
Obligationen.
Beleihung, Hypothekenbeschaffung,
Darlehensgewährung, Scheckverkehr.

Klage Frauen

Wenn sich nicht irrt/Proa durch so
oft angeboten, welche Präparate.
Hörsen Sie bei

Blutstockung
und
Regelstörung
müde, auch in den "verschlechten"
Fällen, sicher wirkendes Mittel.
Vorz. direkt mit Wasser kochen,
daraus gewöhnlich, anderthalb
Gel. 2 r. Kröl in einigen Tagen.
Täglich erhalte ich Ihren Mitteln
über sichere, schnelle Wirkung.

Frau E. Meißner,
Altona (Elbe)
Hrsg. Nr. 2000000 9.

Dadurch mache ich der Ginnwohnerheit
von Merseburg und Umgegend Mitteilung,
dass ich von jetzt ab, da ich nicht mehr
durch feste Engagements gebunden bin
jeden Aufnahmefrag von der kleinste
bis zur größten Belegung ausführe.
Spezialität: Berliner Belegung
:-: in feiner Ausführung. :-:

Mein Name bürgt für sorgfältige und
gute Ausführung jeden Auftrags.

Reschäftungsbüro
Otto Butler, Konzertmeister
Halleische Str. 45.

Reichsgründungsfeier

Dienstag, den 18. Jan., abends 7 Uhr
im Tivolisaal

Festredner:
Herr Nikolaus Schäfer-Weißenfels

Streichkonzert. Deklamatorische Vorräge.
Festspiel:

Aus eiserner Zeit (1613)

Eintrittskarten zum Preise von zwei Mark in der
Buchhandlung Friedrich Pöschel und in der Partei-
geschäftsstelle, Händelstraße 29.

Alle Vereinsvorstände, Saal- u. Lokalinhaber

lade ich zu einer am Freitag, den 14. d. Mts., abends
"8 Uhr im "Tivoli" stattfindenden

Beisprechung
ein. Zweck: Eingehende Erörterung der Ver-
ragen für Musik.
Konzertmeister Otto Butler.

Beilage zu Nr. 9 des Merseburger Tageblattes

Mittwoch den 12. Januar 1921.

Der Drosselgriff.

Die öffentliche Meinung hat seiner Zeit die Bedeutung des Kohlenabkommens von Spa nicht tief genug erfasst. Kohlenwirtschaftliche Fragen sind ja leider das, was uns wenig Interesse erregt, obgleich gerade sie im Kern die Gegenwart und Zukunft unserer Wirtschaft enthalten. Heute, wo sich der Verband zu einem neuen Drosselgriff ansetzt, wo er die Kohlenforderungen noch höher zu schrauben, sehen wir wieder einmal bligartig, was für uns auf dem Spiele steht. Noch ist die Entscheidung über Obersteifen nicht gefallen, noch wissen wir nicht einmal, ob die obersteifste Kohle nach dem 1. April überhaupt noch für das deutsche Wirtschaftsgebiet in Betracht kommt. Den Verantwortlichen des staatlichen Reichsoms ist zwar zu entnehmen, daß unsere Forderung etwas gestiegen ist. Allein wir haben keine Urteile, daraufhin zufriden und guter Dinge zu sein. Das kohlenwirtschaftliche Problem ist für uns viel enger als jemals zuvor. Zunächst zeigen die statistischen Veröffentlichungen, daß die Spannweite zur Friedensförderung an Steinkohlen im Jahre 1920 rund 130 Millionen Tonnen betragen wird, so bleibt sie hinter der von 1913 noch immer um 60 bis 70 Millionen Tonnen zurück. Allein die Spannweite verringert sich noch durch die Kohlenauflage des Verbandes um rund 25 Millionen Tonnen, so daß der Gesamtanfall nahezu 90 bis 100 Millionen Tonnen erreicht.

Das ist aber noch nicht alles: Das staatliche Reichsamt teilt wohl die Förderungsstufen mit, jedoch sagt es nichts darüber, in welchem Zustand sich der Kohlenbergbau heute befindet. Es sagt nichts darüber, daß der Raubbau weiterbetrieben, daß aus den noch leistungsfähigen Schächten alles herausgeholt wird, daß die eines Tages erschöpft sind. Das Kohlenproblem ist eben nicht nur ein Arbeiterproblem. Es kommt vielmehr darauf an, daß der Bergbau technisch vorzüglich organisiert ist, daß Maschinen und Schachanlagen von höchster Leistungsfähigkeit sind. Das ist nirgend mehr der Fall, weil die Erneuerungskosten heute Milliarden-Summen erfordern, die der Bergbau nicht anlegen kann, weil das Damoclesschwert des Sozialismus über ihm hängt. Noch weniger als der Bergbauunternehmer ist das verschuldete Reich in der Lage, diese Milliarden anzubringen, es sei denn, daß es den dazu notwendigen Kredit sich durch Verpfändung des gesamten Verlagsvermögens an das internationale Finanzkapital verschafft. Auf der einen Seite, das kohlenwirtschaftliche Problem ist das Problem für Deutschland schlechthin. Auf der andern Seite: für die Kohlenwirtschaft selbst ist es eine Lebensfrage, unverzüglich an die Erneuerung zu gehen, also die Bauten über und unter Tage zu verbessern und zu ergänzen, sowie neue Schächte abzubauen. Sonst ist es unmöglich die Kohlenförderung nachhaltig zu steigern. Was jetzt gefordert wird, ist Raubbau, der den Zusammenbruch geradezu ergibt.

Die neue Kohlenforderung des Verbandes zeigt nun, daß unsere Kohlenwirtschaft noch von anderen Gefahren bedroht ist, als nur der der Sozialisierung. Wir können die neue Forderung nicht erfüllen, weil wir dann weiter Raubbau treiben müßten. Merken nun die Verantwortlichen der Halb- oder Vollsozialisierung nicht, daß sie dem Verband einfach in die Hände arbeiten? Nach der Sozialisierung wird der Verband die Kohlenforderung erhöhen, sowie einen Anteil am Produktionsgebietes und die Militarisierung des gesamten bergbauischen Betriebes durch den Verband nicht mehr abzumenden. Wer Gelegenheit hat, die französische Presse zu verfolgen, weiß, wie aufmerksam jenseits der Vogesen die Vorgänge in der deutschen Kohlenwirtschaft beobachtet werden. Frankreich hat die Hoffnung auf das Ruhrgebiet nicht aufgegeben. Es wird es auch niemals tun, da seine eigene industrielle Entwicklung von der anwachsenden Kohlenarbeitsfähigkeit abhängig ist.

Preußische Landesversammlung.

Berlin, 11. Januar 1921.

Bei Fortsetzung der 2. Sitzung des Landwirtschaftshaushalts liegt u. a. ein demokratischer Antrag vor, die Beteiligungen des Staates bei den gemeinnützigen Siedlungs-Gesellschaften um das Doppelte, mindestens 50 Millionen Mark zu erhöhen.

Minister Braun: Es besteht keine Notwendigkeit, das Landes-Oekonomiekollegium herbeizuholen. Gegen das Reststreben gegen das Landwirtschaftsministerium, als ob dieses die Siedlungsfrage verweigere, erhebe ich entschiedenen Widerspruch. Das Reichsarbeitsministerium scheint sich nicht in dieses Treiben mit einzulassen.

Hr. Mannher (L. S.) protestiert gegen die Rechte, die Land an der Kinderunterernährung trage und die Einführung ausländischer Arbeiter wünsche, weil diese anpruchlos seien, als die deutschen. Dem Arbeiter dürfe das Streikrecht nicht verflümmert werden.

Landwirtschaftsminister Braun: Fremdländische Arbeiter dürfen nur dann zugelassen werden, wenn deutsche Arbeiter nicht dem Bedarf entsprechen zu erlangen sind.

Unter Annahme der gestellten Anträge wird der Landwirtschaftshaushalt angenommen. Die 50 Millionen für die Bereistellung von Mitteln zur Umwandlung von staatlichen Mooren. Der Entwurf über die Bereistellung von Staatsmitteln zur Selbstbewirtschaftung von Domänen gelangt sodann zur nennentlichen Abstimmung.

§ 1 wird in der Fassung angenommen, daß entzogen der Vermögensvorsorge von 30 000 Hektar mit 180 Millionen Mark nur 16 000 Hektar mit 60 Millionen Mark zur Selbstbewirtschaftung gelangen sollen. ausgenommen Domänen, für die bei der Vermögensbildung ein anerkannter Pachtzins bezahlt wird. § 2 wird unverändert angenommen. Bei der Abstimmung über § 3, wonach die Ausführung des Gesetzes durch die zuständigen Minister erfolgt, erhalt sich die Beschlußun-

fähigkeit des Hauses.

Auf der Tagesordnung der zweiten Sitzung steht die 2. Sitzung

des Sechsmanngesetzes

Als nach Ablehnung eines Antrages der Rechten und des Zentrums auf Rückberufung an den Berufungsausschuß, Hr. Weß (L. S.) diesen Antrag als ein rückschloßes Mittel auf die Gesundheitspflege bezeichnet, erwidert auf den hauptsächlich von Sechsmann besetzten Tribünen lebhafter Beifall. Vizepräsident Frenzel droht mit Rücknahme der Tribünen.

Hr. Palmer (Dm.) bezeichnet den Entwurf, wie er aus der Kommission gekommen ist, als Verfassungbruch, während Adolf Hoffmann meint, zur Deckung könnte man die Aufhebungen für die Geisellen verwenden.

In der Debatte beirätet Frau Gne (Zol.) die Notwendigkeit, für die Sechsmann eine gesicherte Existenz zu schaffen. Von einer Sozialisierung des Sechsmannwesens könne keine Rede sein. Auch wir erwarten von der Reichsregierung eine entsprechende Erweiterung des Entwurfs. Sache der Mütter ist es, zu fordern, daß die bürgerlichen Parteien nicht wieder zur Reiterung kommen, denn werden wir für die böllige Unentschiedenheit der Wochenspiele sorgen. Die Armen-Entbindungen müssen gelassen. Die Sechsmann sind so zu stellen, daß sie auf Nebenwerb verzichten können. Auch die Altersberufung ist nötig.

Hierauf wird die Weiterberatung auf Mittwoch vertagt, außerdem namentliche Abstimmung betreffend Domänen und kleinere Vorlagen.

Politische Rundschau

Ein Notsteuergesetz.

Der Hauptauschuß der Preussischen Landesversammlung hat die Durchberatung des Landessteuergesetzes abgebrochen und einen Unterauschuß eingesetzt, der gemeinsam mit der Regierung ein knapp gehaltenes Notgesetz entwerfen soll; die endgültige Regelung bleibt dem neuen Landtag vorbehalten.

Neue Ergebnisse der Kohlenablieferung.

Nach Mitteilung des Reichskommissars für die Entwertung beträgt bez. der Waffenablieferung im Monat Dezember der Zugang an Maschinengewehren 530, an Gewehren 98 143 Stück. Von den angemeldeten Waffen der Delegationen sind 215 550 Gewehre bereits einbezogen. Durchsuchungen haben bisher in 1056 Städten, Landgemeinden und Gutsbezirken stattgefunden. Das Einzeln der Organisationswesen und die Durchsuchungen werden planmäßig fortgesetzt.

Die Bergarbeiter und die Kohlensozialisierung.

Wie unser Berliner Vertreter erfährt, werden die sozialdemokratischen Bergarbeiter-Organisationen in den nächsten Tagen zu der Frage der Kohlensozialisierung erneut Stellung nehmen. Man will die dem Reichstag binnen kurzem zugehende Vorlage der Regierung erst gar nicht abwarten, und von vornherein die Richtlinien

festlegen, die die sozialdemokratischen Bergarbeiter zur Durchführung der Kohlensozialisierung für notwendig finden. Die christlichen Bergarbeiter haben bekanntlich auf ihrer Essener Tagung der Regierung eine Handhabe gegeben, mit der Bergarbeiterschaft einen Kompromiß einzugehen. Dieser Kompromiß wird jedoch von den Sozialdemokraten abgelehnt. Auch die vorgelegene Einführung von Kleinaktien findet in der sozialdemokratischen Bergarbeiterschaft großen Widerstand, weil dies ungünstig auf die Regelung des Arbeitsverhältnisses einwirken müsse. Die Sozialdemokraten wollen daher unter keinen Umständen einer Lösung zustimmen, die das System der Kleinaktien vorseht.

Die diplomatischen Beziehungen zu Amerika.

In einem Berliner Blatt war behauptet worden, die Reichsregierung beschäftige sich mit der Frage, wer als deutscher Geschäftsträger in den Vereinigten Staaten in Frage käme. Wie unser Berliner Vertreter erfährt, wird diese Angelegenheit von den maßgebenden Stellen noch nicht in Erwägung gezogen. Die Ernennung einer bestimmten Persönlichkeit für den diplomatischen Posten in Washington kann erst dann diskutiert werden, wenn der Kriegszustand zwischen Deutschland und Amerika aufgehoben sein wird. Da man immerhin erwarten muß, daß noch reichlich 2 Monate bis zum Eintritt dieses Ereignisses vergehen, ist diese Frage noch nicht akut.

Die Reichsregierung und das Programm des Sparkommissars.

In volkswirtschaftlichen Kreisen ist es nachgerade auffällig geworden, daß der als Reichskommissar für das Finanzwesen nach Berlin berufene Finanzrat Dr. Carl seine Funktionen noch nicht aufgenommen hat. Wie das "Berl. Tagebl." von gutunterrichteter Seite erfährt, hat Reichskommissar Carl sein Programm der Reichsregierung bereits vor zwei Monaten zur Entscheidung vorgelegt. Diese Entscheidung ist aber immer wieder hinausgeschoben worden. Durch das Drängen der Bevölkerung ist die Reichsregierung veranlaßt worden, wenigstens zu erklären, daß die Entscheidung über das Programm in der nächsten Zeit erfolgen soll, wenn die Voten der Reichsministerien eingegangen sind.

Erhöhung der Fernspreckgebühren in Berlin.

Die Oberpostdirektion Berlin hat eine Erhöhung der Fernspreckgebühren angekündigt und zwar in dem Maße, daß vom 1. April 1921 die jährliche Ortspauschgebühr 880 Mark und die jährliche Ortsarundgebühr 560 Mark für jeden Hauptanschluß statt der bisherigen 800 bzw. 480 Mark betragen sollen. Die Veränderung der Gebühren erfolgt auf Grund der Fernspreckgebührenordnung vom 20. Dezember 1899, abgeändert durch Gesetz vom 6. Mai 1920, da die Zahl der Fernspreckanschlüsse in Groß-Berlin nunmehr sich auf mehr als 150 000 belaufen.

Das Urteil im Hamburger Schieberprozeß.

Das Hamburger Landgericht sprach am Montag das Urteil in dem großen Schieber- und Betrugsprozeß gegen den Studenten Pop aus Bukarest, den Kaufmann Mittler aus Wien, den früheren Theaterdirektor Hannoschel und die Kaufleute Liebmann und Legtmeyer, die durch Betrug die Einkaufszentrale in Berlin und andere Behörden und Personen um mehr als 800 000 Mark schädigten. Ein Versuch, die Stadt Dresden um 6,3 Millionen Mark zu schädigen, mißglückte. Es handelt sich, wie berichtet, um den Verkauf von mehreren 100 000 Büchsen Pferdefleischkonserven, die als Rindfleisch verkauft wurden. Das Ge-

richt verurteilte Pop zu 15 Monaten Gefängnis und 50 000 Mark Geldstrafe, Mittler zu 2 Jahren Gefängnis und zur gleichen Geldstrafe, Hannoschel zu 3 Monaten Gefängnis und 3000 Mark Geldstrafe und Legtmeyer zu 1000 M. Geldstrafe.

Der portugiesische Gesandte †.

Der portugiesische Gesandte in Berlin Lambertino Pinto ist gestern früh nach kurzer Krankheit im Hotel Adlon gestorben.

Volkswirtschaft — Handel — Verkehr.

Aus der deutschen Industrie.

Die Verhandlungen mit den Bergarbeitern im Braunkohlenbergbau über ein Ueberschichtenabkommen haben jetzt doch zu einem Erlöse geführt. Die Arbeiter haben sich bereit erklärt, im Laufe des Monats Januar drei achttägige Ueberschichten zu fahren. Eine Kontrolle über die Verwendung der in diesen Ueberschichten erzeugten Kohlenmengen, die nur der minderbemittelten Bevölkerung zugute kommen sollen, ist den Arbeitern nur im geringeren Umfange als sie gewünscht hatten, aufgegeben worden. Für die Ueberschichten wird den Arbeitern ein um 25 v. H. erhöhter Lohn gezahlt.

Am deutschen Holzmarkt hat sich die Geschäftslage geändert. Aus einer übertriebenen und künstlich angefachten Aufwärtsbewegung, die sich in den Monaten Oktober und November 1920 und auch noch in der ersten Hälfte des Monats Dezember zeigte, hat sich eine zurückhaltende Beurteilung der Marktlage ergeben.

Die Wirmasener Schuhindustrie ist von der Absatzkrise schwer betroffen. Viele kleinere Unternehmen mußten ihren Betrieb ganz einstellen, weil sich die Fertigergebnisse anhäuften, in einer Reihe von Betrieben ist die Arbeitszeit verkürzt worden, es wird statt 47 nur 36 bis herunter auf 25 Stunden gearbeitet.

R. Wolf u. G. in Magdeburg-Budau.

Zu den an der Berliner Börse umlaufenden Gerüchten über Fusionsverhandlungen mit der Maschinenfabrik Budau erklärt die Direktion der R. Wolf u. G., daß Verhandlungen nach dieser Richtung hin zwar schweben, daß sie aber noch nicht zum Abschluß gekommen seien und daher vorläufig noch nichts darüber gesagt werden könne, ob und in welcher Form eine Annäherung der beiden Gesellschaften stattfinden wird.

Turnen, Spiel und Sport

Ämliche Bekanntmachungen des Gaaltekreises.

Verband Mitteldeutscher Ballspiel-Vereine.

Städte-Ausschuß. Sämtliche Mitaltglieder des Ausschusses werden zu einer am Montag, den 17. Januar 1921, im „Mars-la-Tour“ abends 7½ Uhr stattfindenden Sitzung eingeladen. Dazu erbitten wir je einen Vereinsvertreter der erstklassigen Vereine, sowie auch der zweitklassigen Vereine. Betrifft Aufstellung von Mannschaften zu den Städtefesten Halle-Leipzig 1. und 2. Klasse am 20. Februar 1921 in Halle.

Ferner finden am Montag, den 17. Januar 1921, vor dem Gauvorstand nachstehende Verhandlungen statt: 7 Uhr: Kranke (Hoh.-M.), Schiedsrichter Ede (Sportf.). 8½ Uhr: Komet-Knaben—Eintracht-Knaben (Schiedsrichter A. Brothe,

Br.-S.) und Jugendausschuß. 8 Uhr: Sportfreunde-Halle (Einspruch betreffs Bestrafungen). 9 Uhr: Sportfreunde-Halle—Vorruffia-Halle (Road-Dom.). 9 Uhr: Protest 1910 I—Nietleben I (Schiedsrichter Weisner-Vor.). die Spielführer und Mitlenrichter. A. Stöbe.

Der Stand der Meisterschaftsspiele im Saalegau.

Die Verbandsspiele in der zweiten Klasse des Saalegaus nahmen ebenfalls am vergangenen Sonntag ihren Fortgang im Beginn der zweiten Serie, oder besser gesagt sie sollten ihren Fortgang nehmen; denn viel ist aus den Spielen nicht geworden. Zur Zeit liegen nämlich die Verhältnisse in der zweiten Klasse derart verwirrt und unberechenbar, daß eine Zusammenstellung der Tabelle nicht möglich ist. In dieser Klasse ist für die zweite Serie neu der Turn- und Sportverein Neurössen eingereicht, der zu Spielen angesetzt wird, die aber natürlich ohne Punktverteilung ausgetragen werden; Das Spiel gegen Könnern konnte Könnern am vergangenen Sonntag mit 2:3 gewinnen; ebenfalls konnte Könnern mit 1:0 gegen Krumpa sich siegreich behaupten. Das Spiel Germania-Merfeldburg—Reideburg wurde wegen schlechter Bodenverhältnisse nur als Gesellschaftsspiel ausgetragen und endete mit einem 2:4-Sieg Reideburgs. Von den Verbandsspielen zurückgezogen hat seine Mannschaft der Laubkummverein Hertha-Halle. Fahn-Trotha ist schon vor einigen Wochen zum Arbeitersportverband übergesiedelt, und über die Wertung der Spiele des A. R. W.-Mücheln schweben 2. Rt. noch Verhandlungen. — Also wenig erquickliche Aufstände, die einen Ueberblick über den Stand der Meisterschaftsspiele in der zweiten Klasse vorläufig unmöglich machen.

Fußballverbandsspiele am kommenden Sonntag: B. f. L. (Liga) gegen Sportfreunde-Halle (Liga) 2 Uhr im Augusten; Preußen I gegen Wader-Hörbia 1 um 2 Uhr auf dem Preußenplatz; Hohenzollern I gegen Komet I um 2 Uhr in Halle; Germania I gegen A. R. W.-Mücheln auf dem Kasernenhof.

Für die Mitteldeutsche Fußball-Meisterschaft

hat der Spielanschuß des Verbandes Mitteldeutscher Ballspielvereine die Termine festgesetzt. Es spielen am 13. März Elbkreis gegen Thüringen in Erfurt; Mittelfachsen gegen Nordwestfachsen in Chemnitz, Westfachsen gegen Ostfachsen (Dresden) in Mauen; am 20. März Mittelfachsen gegen Elbkreis in Chemnitz, Westfachsen gegen Saalekreis in Awdau, Nordwestfachsen gegen Thüringen in Leipzig; am 3. April Elbkreis gegen Westfachsen in Magdeburg, Saalekreis gegen Nordwestfachsen in Halle, Thüringen gegen Ostfachsen in Sena; am 10. April Saalekreis gegen Thüringen in Halle, Nordwestfachsen gegen Ostfachsen in Leipzig, Westfachsen gegen Mittelfachsen in Mauen; am 17. April Ostfachsen gegen Elbkreis in Dresden, Saalekreis gegen Mittelfachsen in Halle, Westfachsen gegen Thüringen in Erfurt; am 24. April Elbkreis gegen Saalekreis in Magdeburg, Westfachsen gegen Nordwestfachsen in Awdau, Ostfachsen gegen Mittelfachsen in Dresden; am 1. Mai Elbkreis gegen Nordwestfachsen in Magdeburg, Saalekreis gegen Ostfachsen in Halle, Mittelfachsen gegen Thüringen in Chemnitz.

Fahrpreisermäßigung für die Jugendpflege.

Die Fahrpreisermäßigung zu Gunsten der Jugendpflege wird nunmehr unter den tariflichen Voraussetzungen unterschiedslos allen Jugendorganisationen, und zwar auch den besonderen Jugendabteilungen solcher Vereine gewährt, die ihrer Bezeichnung nach keine Jugendpflegevereine sind, wie Turn-, Schwimm-, Ballspielvereine usw. Die Fahrpreisermäßigung wird ferner nicht nur zu Wanderausfahrten, sondern auch zur Teilnahme an sportlichen Veranstaltungen, wie Wettkämpfen u. a. gewährt.



Ämtliche Anzeigen für den Kreis Merseburg.

Erscheint Mittwochs und Sonnabends. — Zu beziehen durch sämtliche Postanstalten zum Preise von 2,40 Mk. vierteljährlich oder 80 Pfg. monatlich.

Stück 2.

Merseburg, 12. Januar

1921.

10 Bekämpfung der Raupenplage!

Ich habe Veranlassung auf nachstehende Polizeiverordnung erneut hinzuweisen.

Polizeiverordnung.

Auf Grund der §§ 8 u. 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (Gesetzsammlung S. 265) und des § 142 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (Gesetzsammlung S. 193) wird für den Umfang des Kreises Merseburg unter Zustimmung des Kreisauausschusses nachstehende Polizeiverordnung erlassen:

§ 1.

Besitzer und Pächter von Obstbäumen und lebenden Hecken sind verpflichtet, die Raupen und Raupenneier des Goldastens, Ringelspinners, der Apfel- und Dendrocyoniden, sowie der Blusläus an den Apfelbäumen zu vernichten. Die Bekämpfung der Raupen muß im Mai, Juni und Juli und die der Blusläus hat während des ganzen Jahres zu erfolgen. Bis 15. Februar i. Jahres müssen die Raupenneier beseitigt sein.

§ 2.

Zu widerhandlungen gegen diese Verordnung werden, soweit nicht nach dem Reichsstrafgesetzbuche höhere Strafen verwirklicht sind, mit Geldstrafe bis zu 30 Mk., an deren Stelle im Unvermögensfalle entsprechende Haft tritt, bestraft.

§ 3.

Vorstehende Polizeiverordnung tritt mit dem Tage ihrer Bekanntgabe im Kreisblatt in Kraft.

Merseburg, den 5. Oktober 1919.

Der Landrat.

J. B.: gez.: Grone.

Veröffentlicht:

Merseburg, den 6. Januar 1921.

Der Landrat.

J. B.: Kürsten, Kreisdeputierter.

11 Gemeindevorsteherwahl.

Der Gutbesitzer Alfred Volke in Niederlobicau ist zum Gemeindevorsteher der Gemeinde Niederlobicau gewählt und von mir bestätigt worden.

Merseburg, den 6. Januar 1921.

Der Landrat.

J. B.: Kürsten, Kreisdeputierter.

12 Schöffenwahl.

Der Maurer- und Zimmermeister Paul Becker in Reuschberg ist zum 2. Schöffen der Gemeinde Reuschberg gewählt und von mir bestätigt worden.

Merseburg, den 6. Januar 1921.

Der Landrat.

J. B.: Kürsten, Kreisdeputierter.

13 Erfüllung der Kartoffellieferungsverträge.

Die Landwirte, die Kartoffellieferungsverträge abgeschlossen haben, mache ich darauf aufmerksam, daß bei Nicht-

erfüllung der Verträge Entschädigung erfolgen kann. Ich ersehe deshalb, den noch unerfüllten Verpflichtungen den Genossenschaften gegenüber ungeeignet nachzukommen, da sonst bei einem Preisabzug von 15,- Mk. je Zentner mit Entschädigung vorgegangen werden wird.

Merseburg, den 5. Januar 1921.

Der Landrat.

J. B.: Banzer, Kreisdeputierter.

14 Betrifft! Impfungen 1921.

Auf Grund des § 5 Ziffer 3 der Verordnung zur Ausführung des Impfgesetzes vom 8. April 1874 ersehe ich die Landesämter des Kreises einen Auszug über die im erganzen Kalenderjahre geborenen und noch lebenden Kinder an die Ortsbehörden ihres Bezirkes gelangen zu lassen sofern dies nicht bereits geschehen ist.

Merseburg, den 4. Januar 1921.

Der Landrat.

J. B.: Kürsten, Kreisdeputierter.

15 Viehseuchenpolizeiliche Anordnung.

Zum Schutze gegen die Maul- und Klauenseuche wird auf Grund des § 18 ff. des Viehseuchen-Gesetzes vom 23. Juni 1909 (R.-G.-Bl. S. 519) mit Ermächtigung des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten folgendes angeordnet

§ 1.

Das Gehöft:

Des Landwirts Dornwag in Schottrey,

bilden einen Sperrbezirk.

§ 2.

Es treten die in der Viehseuchenpolizeilichen Anordnung des Regierungs-Präsidenten vom 13. Juli 1920 (Amtl. Anzeigen Stk. 61 Nr. 416) getroffenen Anordnungen in Kraft

Merseburg, den 11. Januar 1921.

Der Landrat.

J. B.: Kürsten, Kreisdeputierter.

16 Viehseuchenpolizeiliche Anordnung.

Die Maul- und Klauenseuche ist erloschen in den Gehöften:

Von Köhler in Gorkau; Dieker in Debles; Schlady in Schleibitz; Zimmermann, Paul und Fleischer in Dealtisch; Müller in Modelwitz; Falke in Papitz; Erdel in Rodden.

Die Sperrmaßregeln werden hiermit aufgehoben.

Merseburg, den 11. Januar 1921.

Der Landrat.

J. B.: Kürsten, Kreisdeputierter.

17 Die für Fuhbeschlaaprüfungen von den Prüflingen zu ergebende Prüfungsgebühr von 20 Mk. wird auf 50 Mk. erhöht.

Merseburg, den 11. Dezember 1920.

Der Regierungspräsident.

Veröffentlicht:

Merseburg, den 7. Januar 1921.

Der Landrat.

J. B.: Kürsten, Kreisdeputierter.

10 Stimmzettel für die Wahlen am 20. Februar 1921.

Der Herr Minister des Innern hat angeordnet, daß die Stimmzettel für die Landtagswahlen durch die Aufschrift:
„Landtagswahl“

die Stimmzettel für die Wahlen zu den Provinziallandtagen durch die Aufschrift:

„Provinziallandtagswahl“

und die Stimmzettel für die Wahlen zu den Kreistagen durch die Aufschrift:

„Kreistagswahl“

kenntlich zu machen sind. Die Aufschrift soll am oberen Rande der Stimmzettel angebracht werden.

Merseburg, den 12. Januar 1921.

Der Landrat.

J. W.: Kürsten, Kreisdeputierter.

19 Aufstellung der Wählerliste zu den Wahlen am 20. Februar d. Js.

Den Magistraten, Gemeinde- und Ortsvorständen gehen unter heutigen Tage die Formulare zu den Wählerlisten für die Wahlen am 20. nächsten Monats zum Preussischen Landtag, Provinziallandtag und Kreistag nebst einem Auszug aus dem Landeswahlgesetz und Kreisgesetz zu.

Ich nehme Veranlassung, an dieser Stelle auf Folgendes noch besonders hinzuweisen:

Mit der Aufstellung der Wählerlisten ist unverzüglich zu beginnen. Die Einlagebogen sind zuvor entsprechend den Titelbogen abzuändern. (Spalte 4, 6, 7, 8 u. 9 der Einlagebogen müssen mit Spalte 4, 6 u. 7 bis 11 der Titelbogen übereinstimmen.)

Gemäß § 12 des Landeswahlgesetzes sind die Wählerlisten spätestens 4 Wochen vor dem Wahltag mindestens 8 Tage lang öffentlich auszuliegen. Die Auslegung hat in der Zeit vom Sonntag, den 25. Januar ds. Js. bis Sonntag, den 30. Januar ds. Js. zu erfolgen.

Gemeindebehörden können bestimmen, daß die Wählerlisten länger als 8 Tage und zwar bis zu 14 Tagen ausgelegt werden, jedoch darf die Auslegung nicht über den 5. Februar d. Js. hinaus ausgedehnt werden.

Die Zeit der Auslegung ist in ordentlicher Weise öffentlich bekannt zu machen und dabei auf die Einspruchsfrist hinzuweisen.

Auf genaueste Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen sei auch hier nochmals besonders hingewiesen.

Eventueller Mehrbedarf an Formularen ist sofort event. telephonisch hier anzufordern.

Bis zum 20. d. Mts. erwarte ich Bericht darüber, daß die Wählerliste aufgestellt ist, und ferner wieviel Personen (männlich und weiblich getrennt) in die Listen aufgenommen sind.

Merseburg, den 11. Januar 1921.

Der Landrat.

J. W.: Kürsten, Kreisdeputierter.

20 Textilnotstandsverfugung.

Die Bekanntmachung im Amtlichen Anzeiger vom 8. Jan. ds. Js. betr. Hemdentuch und Hemdenstoff wird dahin erläutert, daß die angegebenen Preise von 16,25 bezw. 11,40 die Einkaufspreise der Kleinbändler darstellen. Die Verkaufspreise stellen sich um 20% höher.

Diesem Kleinbändler, welche den Verkauf übernehmen wollen, weise ich unter Bezugnahme auf meine Bekanntmachung vom 30. Juni 1920 darauf hin, daß, nachdem das Reichsleiderlager den Antaufsschein ausgestellt hat, die Abholung der Ware von Halle oder aus Wunich auch ihre Ueberendung durch das Reichsleiderlager erfolgen kann.

Die Abnahmebeischeide sind unverzüglich dem Reichsleiderlager in Halle mitzuteilen, da dieses über die Ware sonst anderweit verfügt.

Merseburg, den 12. Januar 1921.

Der Landrat.

J. W.: Kürsten, Kreisdeputierter.

21 Viehjuchenpolizeiliche Anordnung.

Zum Schutze gegen die Schweinepest wird auf Grund des § 18 ff. des Viehjuchengesetzes vom 26. Juni 1909 (R. G. Bl.

S. 519) mit Ermächtigung des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten folgendes angeordnet:

Das Gehöft des Landwirts Philipp Kurt in Fischerben bildet einen Sperrbezirk.

Merseburg, den 12. Januar 1921.

Der Landrat

J. W.: Kürsten, Kreisdeputierter.

Bekanntmachung.

Die Kreismehlverteilungsstelle wird vom 10. Januar ds. Js. ab bis auf weiteres nach „Kleine Ritterstraße 17“ 1 Treppe hoch verlegt. Fernsprechanruf Nr. 150/151.

Merseburg, den 5. Januar 1921.

Der Landrat.

J. W.: Langer, Kreisdeputierter.

Bekanntmachung.

Durch Anordnung des Herrn Staatskommissars für Volksernährung vom 17. d. Mts. ist im Einvernehmen mit dem Herrn Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft die im § 10 der Verordnung über Maßnahmen zur Sicherung der Fleischversorgung in der Uebergangszeit nach Aufhebung der Zwangswirtschaft vom 19. September 1920 (R. G. Bl. S. 1675) auf den 1. Januar 1921 festgesetzte Uebergangsfrist bezüglich der im § 2 der genannten Verordnung aufgeführten Geschäfte bis zum 1. März 1921 — ausschließlich — verlängert worden.

Hiernach können diejenigen Personen, die nach den vor dem 1. Oktober 1920 geltenden Vorschriften zu Geschäften der im § 2 der genannten Verordnung bezeichneten Art zugelassen sind, ihren Gewerbebetrieb auch ohne die noch erforderliche Erlaubnis bis zum Schlusse des Monats Februar 1921 weiter ausüben. Eine Verkürzung der nach Ziffer 8 der Ausführungs-Anweisung vom 24. September 1920 für die Erlaubniskarten für 1921 zu entrichtenden Gebühren tritt dadurch nicht ein.

Anträge auf Erteilung der Viehhändler-Erlaubnis sind nunmehr, soweit solche nicht bereits gestellt sind, bis spätestens zum 10. Januar 1921 bei dem zuständigen Landrat — in den Stadtreisen beim Magistrat — anzubringen.

Personen, die nach dem 10. Januar 1921 ihre Anträge stellen, haben nicht auf rechtzeitige Erlaubniserteilung zu rechnen und würden sich der Gefahr aussetzen, nach dem 1. März 1921 ihr Gewerbe nicht weiter ausüben zu dürfen.

Magdeburg, den 21. Dezember 1920.

Der Oberpräsident.

Kreissparkasse Merseburg

unter Haftung und Sicherheit des Kreises Merseburg.
Fennrut 540. — Postcheckkonto Leipzig 8906. — Reichsbankgirokonto Halle. — Sparkassengirozentrale Magdeburg.
Verbindung mit allen Bankinstituten am Platze.
Kassenzeit: 8— $\frac{1}{2}$ 1 Uhr.

Sparenlagen-Aannahme und Rückzahlung in jeder Höhe bei Vergütung von Tageszinsen.

Bargeldloser völlig zeitgemässer Ueberweisungsverkehr **An- und Verkauf**, Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren.

Einlösung fälliger Zinsscheine.

Annahmestelle für das Reichsnotofier.

Ausleihung von Hypotheken und Darlehen im Rahmen der Mündelsicherheit.

20 Annahmestellen im Kreise und im Leuna-Werke. Bau 26a, Zimmer Nr. 47.

Reingewinn kommt dem Kreise zu gute und hilft Kreislasten tragen.

Zahlstelle für die Kreiskornstelle.

Kreisbaubank zur Mergabe von Hypotheken und Bargeldern.

Beratungstelle in allen Geldangelegenheiten.

Kluge Frauen

Lehr. d. Störung u. Stockung meine seit Jahren altbew. Menstruations-tropfen Mona Lisa Flasche mittel Mk. 14.—, stark 18.—, extra stark 23.— Versandt.

Lüddemann Hamburg 33, Drosselstrasse 20, Abt. 44.

schließen, mifglückte. Es handelt sich, wie berichtet, um den Verkauf von mehreren 100 000 Stückten Pfefferbeißer. Das Geschäft soll in Berlin, die als Mindestlohn bekannt wurden. Das Geschäft soll in Berlin, die als Mindestlohn bekannt wurden. Das Geschäft soll in Berlin, die als Mindestlohn bekannt wurden.

